

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 498 D

7. Oktober 2013

38. Jahrgang

Unter Strom

Letzte Woche wurde mitgeteilt, dass die Wahlunterlagen zur Teilnahme am Volksentscheid über die Stromversorgung in Berlin, versandt werden. Ich habe noch keinen Brief bekommen. Ist die Aktion vielleicht abgesagt worden und ich weiß das nur noch nicht? Wenn ich heute den TAGESPIEGEL lese – print und online – untermauert das meine Annahme.

TAGESPIEGEL-Autor **Stefan Jacobs** hat, wie ich meine, eine Glanzleistung vollbracht, indem er die Pro- und Contra-Argumente in getrennten Beiträgen selbst kommentierte. In seinem Pro-Beitrag spricht er zunächst von dem Bauchgefühl, von dem sich auch die Hamburger leiten ließen. „Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand und nicht in die eines Konzerns.“ So ist es, allerdings nur bis zu dem Punkt, an dem die Kommune daraus etwas verkauft. Zurückkaufen kann gut gehen, wird aber meistens teuer und die Frage sei erlaubt, warum? Jacobs zählt ein paar Beispiele aus dem Brandenburgischen auf, wo sich „der schwedische Staatskonzern in Deutschland verhält wie ein privater, dem sein Profit näher liegt als das Gemeinwohl.“

Aber auch Kopf-Argumente führt Jacobs an, die alle nicht besonders überzeugend sind. Politischer Druck durch einen erfolgreichen Volksentscheid „dürfte den Senat animieren, sich wirklich zu bemühen.“ Naja. „Im Erfolgsfall hätte Berlin ein Stück von seinem Tafelsilber zurück“, schön, und wer putzt es? Und dann wieder das Totschlagargument, dass die Gewinne nach Schweden fließen. Gerade sei es günstig, Kredite zu bekommen. Ob günstig oder nicht, jeder Kredit muss zurückgezahlt werden. Ansonsten Stochern im Nebel, dies könnte sein, jenes könnte geschehen. „Selbst wenn private Kunden an diesem Strom nur mäßig interessiert wären, ließen sich mit BVG, BSR und den Gebäuden von Land und Bezirken viele Abnehmer finden.“ Ja, könnte, könnte aber auch nicht.

Die Contraargumente, also die Nein-Stimme beim Volksentscheid, liefert, so Jacobs, Vattenfall selbst, nämlich „durch die Lieferung von Spitzenqualität: statistisch weniger als 15 Minuten Stromausfall pro Jahr und Abnehmer, pünktlich angeschlossene Solaranlagen und jährlich dreistellige Millioneninvestitionen ins Netz sowie ein Konzept für die nächsten zehn Jahre.“

Diesen Satz sollte man besonders aufmerksam lesen: „Die Rekommunalisierung der Stromversorgung ist vom Volksentscheid ohnehin unabhängig, da sich das Land mit dem Unternehmen ‚Berlin Energie‘ bereits um den Netzbetrieb bewirbt. Bekommt es im Vergabeverfahren den Zu-

schlag nicht, bewirkt ein Ja zum Volksentscheid lediglich die Gründung einer Netzgesellschaft, die dann ohne Netz dastünde.“ Sage ich doch, der ganze Volksentscheid ist ein einziger Irrsinn.

Die „Kernforderung, den Aufbau eines kommunalen Energieversorgers, erfüllt die Koalition bereits. Finanziell ist ein solches Stadtwerk schwieriger zu planen als der bis ins Detail regulierte Netzbetrieb...Während beim Netzbetrieb wegen der sicheren Rendite finanziell wenig schiefgehen kann, verlangt die Refinanzierung eines Ökostadtwerks ein kluges Management, das die Investitionen richtig plant und lenkt – zumal das Geld aus Kommunalkrediten des Landes oder Steuereinnahmen stammt.“ Ein kluges Management bei einem Staatsbetrieb, da haben wir leider in den letzten Jahrzehnten wenig gute Erfahrungen gemacht.

Jacobs führt aus, dass der „Vergleich zwischen Energie- und Wasser-Volksentscheid nahe“ läge, „aber er passt nicht wirklich: Bei den Wasserbetrieben war offensichtlich, wie viele Millionen Euro Gewinn dem Land jährlich entgangen sind und wie die Preise seit der Teilprivatisierung gestiegen sind. Außerdem ist Wasser ein reines Monopolgeschäft. Beim Strom jedoch können die Kunden unter mehr als 300 Tarifen wählen. Und die Entgelte fürs Netz – also für den Monopolteil des Stromgeschäfts – sind bundesweit reguliert, so dass es kommunal weder viel billiger noch viel teurer werden kann.“

Genau so spannend wie die Pro- und Contra-Darstellung von Stefan Jacobs sind die Kommentare. Ein Leser zitiert aus dem, wie das geplante Stadtwerk entstehen und finanziert werden soll, „zunächst mit fünf Windkraftwerken auf dem Gelände der Berliner Stadtgüter im Umland der Hauptstadt...Das restliche Geld soll aus den 18 Millionen Euro liquider Mittel der Stadtgüter kommen. Das allerdings ist Geld, das Nußbaum schon zur Schuldentilgung verplant hat. Der Chef der Stadtgüter, Peter Hecktor, glaubt aber, dass ein Stadtwerk sogar Gewinn abwerfen könnte.“ „Wenn das so ist“, fragt sich der TAGESSPIEGEL-Leser, „was hat die Stadtgüter eigentlich daran gehindert, sich schon lange das Energieeinspeisegesetz auf eigenen Flächen zunutze zumachen? Das Stadtwerk einer Millionenstadt mit fünf Windmühlen und eine Fotovoltaikanlage, kleiner als jeder Bauernhof sie schon hat, lächerlich. Und das alles allein um Vattenfall eine Lange Nase zu drehen?!“

Ein anderer Leser stellt fest: „Stadtwerk und Netzbetreiber schließen sich nach den aktuell geltenden Regeln (also Gesetzen) der EU aus.“ Und ein anderer ergänzt: „Ein Stromhersteller darf ein Stromnetz nicht betreiben. Vattenfall darf das zurzeit noch, da sie für ihr Netz in Berlin erst noch einen Käufer finden müssen.“

„Der ‚Gesetzestext‘, der zur Abstimmung steht ist grauslich“, meint ein anderer Leser. „Günstiger Strompreis?“, fragt ein weiterer, „Da ich meinen Stromanbieter jährlich überprüfe und ggf. zum einem günstigeren wechsele, ist mir das eigentlich egal.“ Und „Die Hauptlast des Strompreises sind inzwischen die Abgaben und Steuern.“ „Warum möchte die Stadt die Stromnetze wieder übernehmen? So ineffizient wie die Stadt nun mal ist, macht sie damit doch nur Verluste und finanziert die aus Steuermitteln.“

Nun, ich befürchte, die Maschinerie des Volksentscheids ist nicht mehr zu stoppen. Im Falle, dass der Volksentscheid im Sinne der Antragsteller positiv ausgeht, also die Mehrheit mit Ja stimmt, fangen die Probleme erst an. Und Probleme hat diese Stadt genug. Im Sinne Berlins zu entscheiden, heißt mit NEIN abzustimmen.

Ed Koch